

FREIBERUFLER-TICKER vom 12. Juni 2026

1. Studie fordert Reformpaket mit hoher Hebelwirkung

Am 10. Juni 2026 [stellten](#) Prof. Dr. Veronika Grimm und Prof. Dr. Désirée I. Christofzik ihre Studie „Wachstumsgrundlagen erneuern, Sicherheit nachhaltig stärken“ vor. Im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft, bei dem der BFB Gast ist, zeigen sie darin auf, dass Deutschland seine wirtschafts-, finanz- und sicherheitspolitischen Herausforderungen nur mit einem kohärenten Reformpaket bewältigen kann. Zentral seien Reformen mit hoher Hebelwirkung, insbesondere beim Abbau von Bürokratie und Berichtspflichten, bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme sowie beim Ausbau von Bildung, Forschung und technologischer Innovation. Ziel sei es, Wachstumspotenziale zu stärken, öffentliche Finanzen tragfähig zu sichern und die Resilienz Deutschlands und Europas zu erhöhen. Der Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft sieht in den Empfehlungen der Studie eine wichtige Grundlage für die wirtschafts- und finanzpolitische Debatte der kommenden Jahre und appelliert an die Politik, die notwendigen Reformschritte entschlossen anzugehen.

2. Modernisierungsagenda

Die von Bund und Ländern beschlossene „Föderale Modernisierungsagenda“ zeigt nach Angaben der Bundesregierung erste Wirkung. Ziel ist ein schlanker, schneller und digitaler Staat, der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen von Bürokratie entlastet. Zu den bereits umgesetzten oder auf den Weg gebrachten Maßnahmen gehören die digitale Fahrzeugzulassung, die digitale Wohnsitzanmeldung, weniger Berichtspflichten sowie schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Karsten Wildberger (CDU), Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, betonte bei einer Veranstaltung in Berlin, Staatsmodernisierung sei eine Frage des Vertrauens in die Demokratie. Bärbel Bas MdB (SPD), Bundesministerin für Arbeit und Soziales, verwies auf ein geplantes digitales Sozialportal. Die „Föderale Modernisierungsagenda“ umfasst mehr als 200 Maßnahmen; Bund und Länder haben sich verpflichtet, die Bürokratiekosten um 25 Prozent zu senken. Das [teilte](#) die Bundesregierung am 8. Juni 2026 mit. Aus Sicht des BFB ist entscheidend, dass die angekündigte Staatsmodernisierung zu spürbaren Entlastungen in der Praxis führt. Gerade die Freien Berufe sind auf medienbruchfreie digitale Verfahren, weniger Bürokratie und verlässliche Verwaltungsprozesse angewiesen, um mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben in Versorgung, Beratung und Dienstleistung zu gewinnen. Eine vollständig funktionierende digitale Verwaltung könnte laut einer Umfrage für den BFB die Freien Berufe deutlich entlasten: Es ließen sich rund 13 Prozent der Wochenarbeitszeit einsparen – ein Entlastungseffekt von etwa 2,9 Milliarden Euro. Derzeit gehen dagegen 25 Prozent der Arbeitszeit für Verwaltungs- und Bürokratietätigkeiten außerhalb des freiberuflichen Kernbereichs verloren, was Umsatzverluste von rund 5,6 Milliarden Euro verursacht.

3. Ausbau digitaler Infrastruktur beschleunigen

Das Bundeskabinett [beschloss](#) am 10. Juni 2026 Änderungen am Telekommunikationsgesetz. Ziel sei es, den Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Nach Angaben der Bundesregierung sollen unter anderem Genehmigungsverfahren verkürzt, genehmigungsfreie Maßnahmen gestärkt und Verfahren transparenter gestaltet werden. Leistungsfähige digitale Infrastrukturen sind auch für die Freien Berufe zentral.

4. Nationaler Sicherheitsrat beschließt Gründung eines KI-Sicherheitsinstituts

Der Nationale Sicherheitsrat trat unter Vorsitz des Bundeskanzlers am 8. Juni 2026 zusammen. Dabei wurden mehrere Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz Deutschlands in Krisenfällen beraten und [beschlossen](#). Unter anderem sollen die sogenannten Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze überprüft und an die aktuellen sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen angepasst werden. Diese Gesetze dienen dazu, in Krisenlagen die Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte mit lebenswichtigen Gütern sowie kritischer Infrastruktur sicherzustellen. Zudem wurde die Gesamtkonzeption der militärischen Verteidigung vorgestellt; notwendige Entscheidungen zur Gesamtverteidigung wurden auf den Weg gebracht. Ein weiterer Schwerpunkt war die Bewertung der Folgen fortgeschrittener KI-Modelle für die Cybersicherheit in Deutschland. Der Nationale Sicherheitsrat beschloss in diesem Zusammenhang die Gründung eines KI-Sicherheitsinstituts. Das Institut soll die Analysefähigkeiten zu modernen KI-Modellen und ihren Risiken bündeln, den Austausch mit vergleichbaren Einrichtungen im Ausland intensivieren und gemeinsam mit internationalen Partnerinnen und Partnern auf einheitliche Standards im Umgang mit KI hinwirken. Resilienz braucht verlässliche Strukturen vor Ort. Die Freien Berufe leisten dazu einen wichtigen Beitrag — mit Versorgung, Beratung, Planung und Verantwortung für das Gemeinwohl.

5. Hitzeschutz

Anlässlich des Hitzeaktionstags am 11. Juni 2026 fordern mehr als 150 Organisationen aus Gesundheitswesen, Pflege, Wohlfahrt und Zivilgesellschaft, Hitzeschutz verbindlich in der Krisenvorsorge und im Katastrophenschutz zu verankern. Hintergrund ist die zunehmende Gefährdung durch Extremhitze, auf die Deutschland bislang nicht ausreichend vorbereitet ist. Zu den beteiligten Organisationen zählen auch zahlreiche dem BFB zugehörige Mitgliedsorganisationen, darunter die ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, die Bundesärztekammer, die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die Bundesapothekerkammer, die Bundesingenieurkammer und der Hartmannbund sowie weitere ärztliche Verbände wie der Marburger Bund. Auch die Bundespsychotherapeutenkammer (ebenfalls eine BFB-Mitgliedsorganisation) sowie Psychotherapeutenkammern auf Landesebene (u. a. Nordrhein-Westfalen) und Architektenkammern (u. a. Berlin) sind Teil des Bündnisses. Gewarnt wird vor erheblichen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen durch häufigere und intensivere Hitzewellen. Insbesondere vulnerable Gruppen seien betroffen; zugleich geraten Gesundheitswesen, Pflege und kritische Infrastrukturen zunehmend unter Druck. Gefordert werden insbesondere die verbindliche Integration von Extremhitze in die Krisenvorsorge, klare Zuständigkeiten auf allen staatlichen Ebenen sowie eine gezielte Stärkung der Resilienz im Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesen. Weitere Informationen finden Sie hier: <https://hitzeaktionstag.de/>, ebenso das [Positionspapier](#) zur Krisenresilienz bei Extremhitze.

6. Unterrichtung durch die Bundesregierung über freigewordene BAföG-Mittel

Wie der Deutsche Bundestag am 8. Juni 2026 [berichtete](#), wurden 2025 die Bundesländer durch freigewordene BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz)-Mittel um rund 1,048 Milliarden Euro entlastet, etwas weniger als im Vorjahr. Die Mittel wurden vor allem für Schulen und Hochschulen eingesetzt, etwa für zusätzliches Personal, Inklusion, Sprachförderung sowie die Verbesserung von Hochschulinfrastruktur und Lehre. Seit 2015 übernimmt der Bund die BAföG-Kosten vollständig und die Länder berichten jährlich über die Verwendung der dadurch freigewordenen Gelder. Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die Angaben der Länder freiwillig sind und sich in Umfang und Genauigkeit unterscheiden.

7. Zahl der Gaststudierenden steigt

Wie das Statistische Bundesamt am 11. Juni 2026 [mitteilte](#), besuchten im Wintersemester 2025/26 rund 36.000 Gaststudierende Lehrveranstaltungen an deutschen Hochschulen, was einem Anstieg von acht Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Trotz dieses Zuwachses liegt die Zahl noch leicht unter dem Niveau vor der Coronapandemie. Das Durchschnittsalter der Gaststudierenden betrug 52 Jahre und der Frauenanteil blieb mit 48 Prozent unverändert. Die Zahl der deutschen Gaststudierenden stieg um zehn Prozent, während die Zahl der ausländischen Gaststudierenden leicht zurückging.

8. Einladung zum Austausch – BFB-Gesprächsforum „Junge Freie Berufe“

Das nächste Treffen des BFB-Gesprächsforums „Junge Freie Berufe“ findet am 18. September 2026 in Berlin statt. Ab 16 Uhr sind interessierte junge Freiberuflerinnen und Freiberufler herzlich eingeladen, vor Ort oder digital teilzunehmen, sich zu vernetzen und auszutauschen sowie eigene Impulse zu berufsübergreifenden Themen der Freien Berufe einzubringen. Ein gemeinsamer Ausklang auf Selbstzahlerbasis ist ab 18 Uhr geplant. Die Teilnahme ist kostenlos. Die Plätze vor Ort sind begrenzt und werden in der Reihenfolge des Anmeldungseingangs vergeben. Details zu den Veranstaltungsorten in Berlin-Mitte folgen. Alle Orte liegen in bequemer Reichweite des Hauptbahnhofs. Es gibt keine formale Altersgrenze; besonders angesprochen sind jedoch Berufsträgerinnen und Berufsträger bis etwa 45 Jahre. Interessierte schreiben gerne an veranstaltung@freie-berufe.de und melden sich direkt [hier](#) an. Sollten Sie nach der Anmeldung über das Online-Formular keine Bestätigungsmail erhalten, nehmen Sie bitte kurz unter veranstaltung@freie-berufe.de Kontakt mit uns auf. Wir freuen uns, wenn Sie dabei sind und den Austausch im Netzwerk „Junge Freie Berufe“ mitgestalten!

9. Politisch motivierte Kriminalität erreichte neuen Höchststand

Die politisch motivierte Kriminalität in Deutschland erreichte 2025 erneut einen Höchststand. Nach Angaben der Bundesregierung wurden insgesamt 85.837 Straftaten registriert; damit hatte sich die Zahl der Fälle binnen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Auch die politisch motivierten Gewalttaten stiegen um rund 1,2 Prozent auf 4.156 Delikte. Die meisten Straftaten entfielen weiterhin auf den rechten und rechtsextremen Phänomenbereich. Zugleich nahmen linksmotivierte Gewaltstraftaten deutlich zu. Weitere Trends waren ein erneuter Höchststand antisemitischer Straftaten, mehr Hasskriminalität gegen queere Menschen und Frauen sowie eine hohe Belastung von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern durch Hass und Anfeindungen. Alexander Dobrindt (CSU), Bundesminister des Innern, und Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamts, [stellten](#) die Zahlen am 9. Juni 2026 in Berlin vor. Der Befund unterstreicht die Bedeutung eines breiten gesellschaftlichen Engagements für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch der BFB und die Freien Berufe treten für eine offene, freiheitliche und rechtsstaatliche Ordnung ein.

Die nächste Ausgabe des BFB-Freiberufler-Tickers erscheint am 26. Juni 2026.

